

Der folgende Text ist ein Teil des Abschnitts zur Demokratiekritik in dem Buch ‚**Befreiung vom Geld und Eigentum** ... und warum das noch lange nicht reicht‘. Er findet sich auf S. 29 – 46 im Band 2.

Demokratie und Faschismus

Kontinuitäten über 1945 hinaus

In der Zeit nach der Weltwirtschaftskrise, als die Weimarer Republik dem NS-Faschismus wich, stellte sich weltweit die folgende Frage: „Sollen wir die Mängel der Demokratie mit mehr Demokratie kurieren, oder sollen wir die unlösbaren Probleme der Volksregierung wie den Gordischen Knoten mit dem Schwert der Diktatur zerhauen?“¹ Wie Emma Goldman denken wir, dass die Frage falsch gestellt ist. Die grundsätzliche Kritik an Herrschaft ist damit ausgeschlossen. Es scheint, als gäbe es nur die Möglichkeit auf das eine bzw. das andere mit ja oder nein zu antworten.

Die demokratischen Staaten ebneten dem Faschismus den Weg an die Macht. Das geschah sowohl im Innern, wo z.B. die Regierungen Brüning und von Papen nur mehr mit Notverordnungen am Parlament vorbei regierten als auch international, z.B. durch die Appeasement-Politik, die jede neue militärische Provokation des NS-Staates absegnete.

Arthur Lehning analysierte: „Denn der Faschismus ist nicht mit parlamentarischen Mitteln und nicht mit Waffen allein zu bekämpfen, sondern einzig und allein durch die Vernichtung seiner Grundlage – des Kapitalismus.“² ‚Wir‘ gehen noch einen Schritt weiter und sehen in Staat und Kapitalismus seine Grundlagen.

Trotzdem gehört es zu den Gründungsmythen der BRD, dass Demokratie und Faschismus sich ausschließen, als Gesellschaftssystem einen Unterschied ums Ganze darstellen. Die Frage nach Kontinuitäten, nach Parallelen stellt sich so nicht. Es wurde ein einfaches, *binäres* schwarz-weiß, gut-schlecht Bild konstruiert. In den letzten Jahren wurden die geschichtlichen Tatsachen, die dem entgegenstehen, offiziell anerkannt. Das Bild bekam Schrammen, wurde aber beibehalten. Der Gründungsmythos der BRD wird bis heute auch auf die EU und die NATO übertragen.

Jahrzehntelang, solange Altnazis an Schalthebeln demokratischer Herrschaft beteiligt waren, wurden die Risse offiziell totgeschwiegen. Es gab das Gedenken an den konservativ-militärischen Widerstand und das Attentat vom 20. Juli 1944. Es gab die großen Gedenkstätten. Ab Mitte der 1960er Jahre gab es eine Reihe von Prozessen, die über Einzelfälle urteilten. Und: Es gab das Gedenken an die deutschen Opfer des Krieges, die Kriegsgefangenen, die Vertriebenen und die von russischen Soldaten vergewaltigten Frauen. Die Deutschen waren in diesem Bild Opfer der NS-Diktatur, Opfer Hitlers.

„Was uns in die Radikalität trieb, war die soziale Kälte einer herzlosen Kriegsgeneration, die ihre beispiellosen Verbrechen leugnete oder verdrängte, die unfähig war, uns anderes als Besitzdenken und Anpassung zu lehren, die den Vietnamkrieg unterstützte, weil sie ohne Umschweife von der Vernichtungsstrategie gegen die ‚Jüdisch[-Bolschewistisch]e Weltverschwörung‘ zur Vernichtungsstrategie gegen die ‚Bolschewistische Verschwörung‘ übergegangen war, eine Generation, die

1 „Shall we cure the evils of democracy by more democracy, or shall we cut the Gordian knot of popular government with the sword of dictatorship?“

Emma GOLDMAN: *The Individual, Society and the State* (Orig. 1940)

S. 63 in: Emma GOLDMAN: *Das Individuum, die Gesellschaft und der Staat* (Orig. 1940; 1977)

2 S. 124 in: Arthur LEHNING: *Spanisches Tagebuch & Anmerkungen zur Revolution in Spanien* (2007)

nichts dabei fand, dass ehemalige Massenmörder zu dekorierten Helden der Demokratie gekürt wurden.“³

Mit dem Marsch durch die Institutionen erreichte die Kritik der 68er verwässert die offizielle Politik. Die offizielle Aufarbeitung bedeutet immer auch eine Entsorgung der Geschichte. Das Ergebnis ist fast durchgängig eine intensive Erforschung und Anerkennung der Verbrechen des Nationalsozialismus, die klare Distanzierung davon, aber auch die Weigerung, die Bedeutung für heute wahrzunehmen. Der Nationalsozialismus ist in dieser Lesart ein verbrecherischer Teil der deutschen Geschichte, aber er ist vorbei, ist ‚Geschichte‘. Die Extremismusdebatte setzte dann noch einen drauf. Die Orte der NS-Konzentrationslager wurden nach 1945 weiter genutzt. Die Weiternutzung im Westen wurde nie breit und kritisch diskutiert, die Weiternutzung im Osten führte nach 1990 zu einer Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus, weil den Verbrechen der Stasi gleichberechtigt am selben Orten gedacht wird.

Sehen wir uns die Beteiligung der Altnazis am Wiederaufbau der BRD genauer an. „Als Haupthindernis für einen breiten gesellschaftlichen Konsens zur [...] Selbstreinigung erwies sich dabei, dass die Herrschaft des Nationalsozialismus nicht ausschließlich auf Manipulation und Terror beruht hatte, sondern auf einem hohen Maß sozialer Akzeptanz gegründet war.“⁴ Nach Notizen der US-Militärs hätten freie Wahlen 1946 eine modifizierte NS-Regierung an die Macht gebracht.⁵ Aus der anfänglich breiten Massen-Entnazifizierung der Alliierten wurde faktisch eine Massenrehabilitierung.⁶ Der Kalte Krieg und die Kontinuität des Anti-Kommunismus waren dafür mit entscheidend. Die Bundesregierung gab zu: Es gab gleich nach Gründung der Bundesrepublik aus allen Parteien Bestrebungen, die Säuberungen zu beenden bzw. rückgängig zu machen.⁷ „Ein wichtiges Indiz für die veränderte Mentalität war die Verabschiedung des Gesetzes betreffend Art. 131 des Grundgesetzes im Jahre 1951, das die Versorgung und Wiedereinstellung der im Rahmen der Entnazifizierung ‚verdrängten‘ Beamten in den Staatsdienst regelte, sowie die Straffreiheitsgesetze aus den Jahren 1950 und 1954, die unter bestimmten Bedingungen eine Amnestie auch für untergetauchte NS-Funktionäre zusicherte.“⁸ Viele der bis 1949 Verurteilten profitierten jetzt von Amnestien. Auf allen Ebenen wurden aus Nazis Demokrat*innen. Demokrat*innen, die es kategorisch ablehnten, „sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen oder gar für sie zu büßen!“⁹ Bertold Brecht fasste das in Gedichtform.

Die Bundesregierung, nicht linksradikale Kritiker*innen, sagt über die Anfangsjahre der BRD: „Die personelle und in Teilen auch inhaltliche Kontinuität, etwa im Beamtenapparat, in einzelnen Bundesministerien, in Polizeien, Geheimdiensten, der Bundeswehr und dem Justizapparat haben schwerwiegende Folgen für das politische Klima dieser Phase gehabt.“¹⁰ Aber auch die DDR, die sich selbst als anti-faschistisch bezeichnete, brauchte die Fachleute aus dem Nationalsozialismus, ebenso Geheimdienste aus aller Welt oder die Rüstungsindustrie der Supermächte.

Überlebende der Shoah mussten die NS-Täter*innen als Stützen der Demokratie erleben. Kommunist*innen und Anarchist*innen als politisch Verfolgte des NS-Regimes

3 S. 18 in: Inge VIETT: Nie war ich furchtloser (1996)

4 S. 57 in: Clemens VOLLNHALS (Hrsg.): Entnazifizierung (1991)

5 vergl. S. 87 in Ralph GIORDANO: Die zweite Schuld (Orig. 1987; 1990)

6 vergl. S. 55 in: Clemens VOLLNHALS (Hrsg.): Entnazifizierung (1991)

7 vergl. S. 1 in: BUNDESREGIERUNG: Bundestagsdrucksache 17/8134 (2011)

8 Peter BRANDT: Die Auseinandersetzung Deutschlands mit dem Nationalsozialismus nach 1945 (2006)

9 S. 93 in Ralph GIORDANO: Die zweite Schuld (Orig. 1987; 1990)

10 S. 1 in: BUNDESREGIERUNG: Antwort auf Große Anfrage zum Umgang mit der NS-Vergangenheit (2011)

oder auch Roma und Sinti oder Schwule begegneten ihren Verfolger*innen aus der Nazizeit erneut als die, die über ihr Leben bestimmten. Diese waren wieder ihre Vorgesetzten in den Betrieben, sie sprachen immer noch Recht über sie als Staatsanwält*innen und Richter*innen, steckten die Kommunist*innen nach dem KPD-Verbot 1956 wieder in den Knast usw. In der Verfolgung der Roma und Sinti gab es überhaupt keinen Bruch. Sie galten weiter als asozial. Renten bekam, wer eine gut bezahlte Stelle im Nationalsozialismus hatte, nichts bekam oft, wer Widerstand geleistet hatte oder aus rassistischen Gründen ins KZ gesteckt wurde – nochmal die Bundesregierung: „Zahlreiche Opfer der NS-Politik mussten über Jahrzehnte auf finanziell häufig geringe Entschädigungen warten oder bleiben bis heute von solchen Entschädigungen ausgenommen, während die Versorgung von Mitläufern und Tätern des NS-Regimes politische Priorität genoss.“¹¹ Kein Geld der Welt könnte die Leiden der Verfolgten ausgleichen – aber, nicht selten durch die Folgen der Torturen chronisch krank, hätten sie es für ein würdigeres Leben gebraucht.

Das gute Leben:

Gleichen Schritts marschieren die Lehrer
Machtverehrer, Hirnverheerer
Für das Recht die deutsche Jugend
Zu erziehn zur Schlächertugend.

Folgen die Herrn Mediziner
Menschenverächter, Nazidiener
Fordernd, dass man ihnen buche
Kommunisten für Versuche.

Drei Gelehrte, ernst und hager
Planer der Vernichtungslager
Fordern auch für die Chemie
Freiheit und Democracy.

Folgen, denn es braucht der Staat sie
Alle entnazten Nazi
Die als Filzlaus in den Ritzen
Aller hohen Ämter sitzen.

Dort die Stürmerredakteure
Sind besorgt, dass man sie höre
Und nicht etwa jetzt vergesse
Auf die Freiheit unserer Presse.

Einige unsrer besten Bürger
Einst geschätzt als Judenwürger
Jetzt geknebelt, seht ihr schreiten
Für das Recht der Minderheiten.

aus: Bert Brecht: Freiheit und Democracy^{12, Anm. I}

11 S. 2 in: ebenda

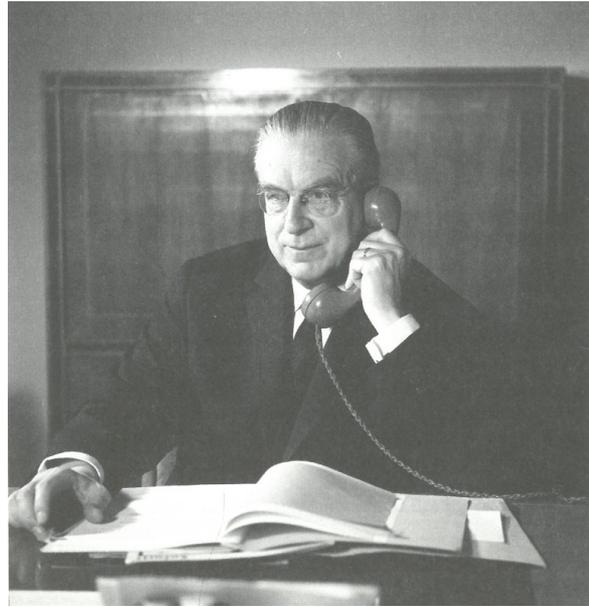
12 vergl. Bertold BRECHT: Der anachronistische Zug oder Freiheit und democracy (Orig. 1947; 1985)

Die Kontinuitäten in der politischen Klasse von der Weimarer Republik über den NS-Staat bis in die BRD lassen sich exemplarisch an Hans Globke^{Exkurs I} belegen, der 1953 bis 1963 Staatssekretär im Bundeskanzleramt war.

★ **Anm. I:** Brecht brach erst spät mit dem Stalinismus



H. Globke in NS-Uniform, 1940¹³



H. Globke als Chef d. Bundeskanzleramtes, 1963¹⁵

Exkurs I: Hans Globke – 1925 stellvertr. Polizeipräsident Aachens, 1929 Regierungsrat im Preußischen Innenministerium, Oktober 1933, befördert zum Ober-Regierungsrat – sein Referat „lieferte [...] den gesamten gesetzlichen Rahmen für die Entrechtung der Jüd*innen“, er verfasste einen offiziellen Kommentar zu den anti-jüdischen Nürnberger Gesetzen, 1938 Beförderung zum Ministerialrat, organisierte in dieser Position die Zwangsaussiedelung von 500.000 Menschen aus dem Sudetenland, bis kurz vor dem Zusammenbruch zuständig für alle Verwaltungsakte gegen Jüd*innen, Roma & Sinti, und anderer sogenannter ‚minderrassiger‘ Volksgruppen,¹³ parallel dazu Agent des Vatikans, Nr. 101 auf der alliierten Liste der wichtigsten Kriegsverbrecher, Ende 1946 rehabilitiert und CDU-Mitglied in Aachen¹⁴, 1953 bis 1963 Chef des Bundeskanzleramtes.¹⁵ Der BND unter Gehlen investierte 1961 50.000 Mark um das Buch von R. Strecker: ‚Dr. Hans Globke – Aktenauszüge, Dokumente‘ vom Markt zu nehmen und veranlasste den Verlag keine Neuauflage herauszubringen.^{2-10#14}

Die Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage listet eine ganze Reihe von wichtigen Politikern^{Anm. I} aller großen Parteien, die NSDAP-, SA- oder SS-Vergangenheit haben, so Bundeskanzler Hans-Georg Kiesinger,^{2-10#15} NSDAP-Mitglied seit 1933 oder der von der RAF hingerichtete Bundesschatzminister Kurt Schmücker, NSDAP-Mitglied seit 1937.¹⁶

★ **Anm. I:** Die aufgelisteten Politiker sind ausnahmslos Männer.

Die massiven personellen Kontinuitäten beim Aufbau von Bundeswehr, Polizei und Geheimdiensten^{Exkurs II} sind mittlerweile gut dokumentiert. So

★ **Anm. II:** Die BKA-Führungsriege war ein reiner Männerbund.

13 Deutsches Heeresmuseum, Orgel-Köhne

14 vergl. S. 111 – 117 in: Bernd ENGELMANN: Wie wir wurden was wir sind (1980)

15 Bundesarchiv, B145, Bild-F015051-003

16 vergl. S. 13 – 14 in: BUNDESREGIERUNG: Bundestagsdrucksache 17/8134 (2011)

bekannt die offizielle Geschichtsschreibung: „Im Jahr 1958 befanden sich unter 47 Führungsbeamten des BKA 33 ehemalige SS-Führer.“^{17, Anm. II}



Transparent bei einer Demo gegen Stuttgart 21^{2-10#14}



Reinhard Gehlen^{2-10#15}

Exkurs II: Reinhard Gehlen^{2-10#16} war in der Weimarer Republik Mitglied der schwarzen Reichswehr, im NS-Staat General, an der Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR beteiligt, ab 1940 Chef der Spionage- ‚Abteilung Fremde Heere Ost‘. Er wurde am 9.4.45 von Hitler entlassen und 1946 Chef der von der USA gegründeten deutschen nachrichtendienstlichen Dienstes ‚Organisation Gehlen‘. 1956 - 1968 war er erster Präsident des daraus hervorgegangenen Bundesnachrichtendienstes. Wie die FAZ berichtete organisierte Gehlen die ex-NS-Seilschaften, half Alois Brunner bei der Flucht und war mit dem rechtsradikalen Verleger Gerhard Frey befreundet.¹⁸

Die Verbrechen des NSU haben wieder öffentlich deutlich gezeigt, dass Geheimdienste und Justiz bis heute auf dem rechten Auge ziemlich blind sind. Ein kritischerer Blick auf die Mordserie der NSU und den Umgang von Geheimdiensten und Justiz damit zeigt aber mehr, eine zumindest latente Unterstützung durch staatliche Organe.

Die Justiz der Bundesrepublik war durch und durch braun. Allein zwei Wikipedia-Listen nennen mehr als 30 Richter des Volksgerichtshofes, die ihre Karriere in oft hohen Positionen an Gerichten (z.B. H.-D. Arndt und A. Münich als Senatspräsidenten am Oberlandesgericht Koblenz bzw. München) der BRD fortsetzten. Viele weitere eröffneten nach 1945 Anwaltskanzleien.^{2-10#16} Am Beispiel Niedersachsens lässt sich die durchgängige Besetzung der Gerichte mit NS-Tätern klar aufzeigen: Von 767 in der Nazizeit tätigen Richtern^{Anm. III} wurden 25 entlassen. Gut jeder zweite war 1948 weiter in seiner alten Position tätig, mehr als 70 % waren ehemalige NSDAP-Mitglieder. Es gab in Niedersachsen nur 8 Richter, die als aktive Gegner des NS vor 1945 verurteilt worden waren. Viele dieser NS-Richter schützten aktiv andere Nazis. An einer Reihe von Oberlandesgerichten gab es deshalb keine oder fast keine Anklagen wegen Verbrechen an der Menschlichkeit.¹⁹

★ **Anm. III:** Auch diese waren wohl ausschließlich männlich.

¹⁷ Andrej STEPHAN: Geschichte des Bundeskriminalamtes zwischen 1949 und 1981 (2011)

¹⁸ Lutz HACHMEISTER: Weiße Flecken in der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes (2008)

¹⁹ n.n.: Niedersächsische Justiz – 71 Prozent der Richter und Staatsanwälte waren Pgs, Telegraf vom 31.7.1948, S. 330 in: Clemens VOLLNHALS (Hrsg.): Entnazifizierung (1991)

Nur wenige Wissenschaftskarrieren endeten. Die Ausstellung „Graben für Germanien“²⁰ macht dies 2013 für die Vorgeschichtsforschung ebenso deutlich, wie die Kontinuität nationalistischer Geschichtsinterpretationen.

Ein Besuch 2002 in Guxhagen, Hessen, in der Gedenkstätte Konzentrations- und Arbeitserziehungslager Breitenau²⁰ machte um 1990 in der Ausstellung erschreckend die Kontinuität im sozialen Bereich deutlich. Bis Anfang der 1970er Jahre bestand an diesem Ort ein Lager für sogenannte schwer-erziehbare Mädchen mit Kontinuität sowohl in der Person der Leiterin als auch in den brutalen Methoden aus der NS-Zeit, von Körper-Ertüchtigung im NS-Stil, über stundenlangem Strammstehen bis zur Isolierzelle im Keller für verschärfte Einzelhaft. Diese Kontinuität findet in dem Buch über die Gedenkstätten heute keine Erwähnung mehr.

Verdrängung war bis in die 80er Jahre die vorherrschende Art des Umgangs mit der NS-Zeit. An vielen Orten, an denen Gedenkstätten bestehen, begegnen Besucher*innen bis heute der Abwehr durch die Anwohner*innen, wenn auch nicht mehr so durchgängig und massiv wie vor Jahren. In Esterwegen gab es 1987 z.B eine Gedenktafel zu den Emslandlagern an einem von der Bundeswehr genutzten Gelände. Es gab keinen Wegweiser und die Anwohner*innen reagierten durchgängig mit Wegdrehen oder Beschimpfungen.

Es gab keinen Bereich des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, der frei von diesen Kontinuitäten war. Es hätte Anti-Faschist*innen gegeben, um die neue Gesellschaft anders zu organisieren: Die wenigen, die im NS-Alltag kleine Handlungen der Solidarität und des praktischen Widerstandes lebten, die Überlebenden der KZ und Menschen, die aus dem Exil zurück kehrten – aber das war nicht gewollt (Anti-Kommunismus, McCarthy-Aera).

Der Tiefe Staat und der Soziale Krieg

Als Tiefer Staat werden staatliche, oft paramilitärische Strukturen bezeichnet, die den Sozialen Krieg führen. Der Soziale Krieg ist ein Krieg „niedriger Intensität, den der Staat gegen die sozialen Beziehungen seiner eigenen Bevölkerung führt.“²¹ Da denkt fast jede* an Diktaturen, an nur formal demokratische Staaten im Globalen Süden. Mexiko führt einen solchen Krieg niedriger Intensität u.a. seit 1996 in der Provinz Chiapas gegen die Selbstorganisation der Zapatistas. Dieser soziale Krieg umfasst u.a. Umsiedlungen in sogenannte Landstädte, strategische Infrastruktur-Projekte, eine breite Militärpräsenz mit vielfachen Schikanen sowie Drohungen und Morde durch Paramilitärs.

In den hiesigen Medien wurde der Begriff der Tiefe Staat in der letzten Zeit am häufigsten im Zusammenhang mit dem Ergenekon-Prozess in der Türkei verwendet. Ergenekon, benannt nach dem türkischen National-Mythos, soll eine *kemalistisch-nationalistische* Verschwörung gewesen sein, die sich ab 2003 das Ziel gesetzt haben soll, Präsident Erdogan zu stürzen. 2007 erfolgte die erste Razzia. Es gab die Hoffnung auf Aufklärung des paramilitärisch organisierten Staatsterrorismus, nicht nur gegen Kurd*innen, und dessen enge Verknüpfung mit dem kemalistischen Apparaten aus Militär und Polizei. Hunderte Personen, darunter solche mit höchsten Rängen aus Militär und Polizei, Mafiosi, kemalistische Intellektuelle und Journalist*innen wurden angeklagt. Es gibt eine breite Kritik, dass die Justiz diesen Prozess nicht zur Aufklärung des Tiefen Staates nutzte. „Ergenekon wurde zu einem Freibrief, all jene zum Schweigen zu bringen, die sich der Ideologie der Regierung [des sich damals moderat gebenden Islamisten Erdogan] widersetzen.“²² Medien wie die FAZ, aus der dieses Zitat stammt,

20 vergl. S. 311 – 314 in: Ulrike PUVOGEL, Martin STANKOWSKI: Gedenkstätten für die Opfer des NS (1996)

21 ANONYM: Sind wir im sozialen Krieg? (2013)

22 Karen KRÜGER: Ergenekon-Prozess – Ein neuer Tiefer Staat in der Türkei (2013)

nutzten den Prozess, um aufzuzeigen, dass die Türkei nicht reif für ein demokratisches Europa ist.

THESE: Der tiefe Staat und der Soziale Krieg sind auch in der BRD Realität und werden ausgeweitet.

Aber – sah und sieht es im demokratischen Europa viel besser aus? Der Tiefe Staat geht hier oft eine enge Verzahnung mit dem Faschismus ein. Beispiele aus Italien und Griechenland >> 2-10; Faschismus in der Demokratie an Beispielen zeigen das klar auf. Im Zusammenhang mit dem NSU-Prozess hinterfragten u.a. ARD und Freitag, ob es auch in der BRD den Tiefen Staat gibt.²³ Anlässlich der gemeinsamen Spähprogramme von BND und NSA, die der Bundesregierung über Jahre bekannt waren, schreibt Rolf Gössner: „Diese Skandale haben System und dieses System ist ein Geheimsystem, das mit den technologischen Möglichkeiten des digitalen Zeitalters Gesellschaften und Demokratien auf immer aggressivere Weise durchsetzt. Der ‚tiefe Staat‘ lässt grüßen.“²⁴ Ja, es gibt auch hier den Tiefen Staat und der Soziale Krieg findet statt. Und weit mehr gibt es starke Bemühungen, die Strukturen des Tiefen Staates auszuweiten (Militarisierung der Gesellschaft, totale Überwachung, Verarmungsstrategien wie Hartz IV, ...). Ausweitung ist teils noch verharmlosend. Weltweit sind „wir Zeugen eines fatalen Wettrüstens im globalen Informationskrieg der Geheimdienste.“²⁵ Der Tiefe Staat ist eine Tendenz, die in der Staatlichkeit, auch der demokratisch organisierten Staatlichkeit angelegt ist.

Faschismus in der Demokratie an Beispielen

Faschismus bietet den Menschen einfache Lösungen an. Diese einfachen Lösungen weisen alle Schuld anderen, als fremd Definierten zu. In gesellschaftlichen Krisen kann das genutzt werden, um den Kapitalismus als solches aus der Kritik zu nehmen, ihn z.B. mit rassistischen und patriarchalen Gedanken neu zu rechtfertigen. Derzeit funktioniert das noch im Rahmen von Demokratie.

Nach außen werden immer wieder die ach so demokratischen, freiheitlichen Grundrechte in der BRD und der EU, der westlichen Wertegemeinschaft in Stellung gebracht. Es wird z.B. die brutale Polizeigewalt der Türkei 2013 gegen die Demonstrant*innen auf dem Taksim-Platz angeprangert. Die Demonstrant*innen werden dabei von den Grünen bis zur FAZ als Zivilgesellschaft vereinnahmt,²⁶ die radikalen, herrschaftskritischen Positionen fallen dabei unter den Tisch. Ja, Erdogan ist ein reaktionärer, autoritärer Herrscher, den es um die Re-Islamisierung der Türkei, also um ein Zurück zu Vorstellungen aus der Zeit des Osmanischen Reiches, geht. Aber der Unterschied ums Ganze existierte bis zu dem inszenierten Putschversuch 2016²⁷ nicht. Das brutale Vorgehen der deutschen Polizei in Frankfurt/Main gegen die Blockupy-Proteste^{2-10#18} wenige Wochen vor den Angriffen auf die Menschen vom Taksim-Platz war damit sofort vergessen.

2013 wurde auch der totalitäre Charakter der PRISM-Überwachung^{Anm.} in den USA angeprangert. Dann wurde Massenmedien-öffentlich, dass Großbritannien mit dem

★ **Anm. I:** Als der große Skandal gilt den Mainstream-Medien, dass mit PRISM auch EU-Institutionen ausgespäht wurden. Die Totalitäre Entwicklung der westlichen Staaten nach den Anschlägen des 11. September 2001 rückt nur selten in den Blickpunkt.

23 GOLD STAR FOR ROBOT BOY: ARD hinterfragt Tiefen S

24 S. 1 in: Rolf GÖSSNER: Tiefer Staat? - Essay zu BND &

25 S. 3 in ebenda

26 vergl. Karin KRÜGER: Still gestanden (2013); Barbara LOCHBIHLER: Eindrücke vom Taksim-Platz (2013)

27 vergl. Ralf STRECK: Türkei: Putsch oder Inszenierung? (2016)

Programm Tempora²⁸ noch umfassendere Überwachungs-Methoden anwendet. Das die EU mit Indect, >> 2-17; Krieg nach Innen ebenfalls weitere Schritte in Richtung totalitärer Überwachungsstaat vorbereitet wird medial verschwiegen. Als PRISM²⁹ bekannt wurde, hat die EU Kommission in Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Transatlantischen Handels- und Investitions-Partnerschaft (TTIP)^{2-10#19} auch „den Gesetzesentwurf zur neuen Datenschutzverordnung verwässert, um den Datenaustausch mit ausländischen Geheimdiensten zu vereinfachen.“^{2-10#20}

Die historischen Grenzen zwischen demokratischem und faschistischem Staat sind fließend. Der damalige Kriegsminister und Sozialdemokrat Bonomi schickte „quasi offiziell mit Rundschreiben [...] am 20. Oktober 1921 [...] 60.000 demobilisierte Offiziere in die Sturmgruppen Mussolinis [...], um sich das Kommando über sie zu sichern.“³⁰ Die Gewerkschaft CGL rief die Arbeiter*innen dazu auf, sich aus dem Konflikt zwischen Kommunist*innen und Faschist*innen herauszuhalten. Die Armee griff im Konflikt mit den Faschist*innen, die Rom belagerten nicht ein. Der ehemalige Generalstabschef Badoglio sprach sich für Mussolini aus, der König forderte Mussolini auf, eine Regierung zu bilden und die Demokrat(*inn)en im Parlament wählten den *Duce* mit 306 zu 116 Stimmen. Mussolinis Partei stellte nur 35 Abgeordnete.³¹ Das war im Oktober 1922. Er legte in der Folge, demokratisch legitimiert, das Fundament der faschistischen Diktatur ab 1925.^{2-10#21}

Bis heute findet sich die früher verbreitete konservative österreichische Geschichtsschreibung,^{Anm. II, 32} die die 1. Republik von 1918 bis 1938 rechnet. Der Bruch durch den Austro-Faschismus unter den Regierungen Dollfuß und Schuschnigg wird in der erstgenannten Online-Quelle nicht mal erwähnt.^{2-10#22}

★ **Anm. II:** Das dtv-Lexikon machte in der Ausgabe von 1973 noch den blutigen Aufruhr der republikanischen Schutztruppen für das Verbot der SPÖ verantwortlich.¹²⁵

Auch Hitler (30.1. – 5.3.1933), war wie Dollfuß (20.5.1932 – 30.4.1934)^{2-10#23} und Mussolini zunächst formal demokratisch legitimierter Regierungschef. Die Demokrat*innen verhalfen dem Faschismus zur Macht. Die katholische Partei ‚Zentrum‘ stimmte im März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zu, die SPD im Mai Hitlers Außenpolitik. Es half ihnen nichts: im Juni wurde die SPD und im Juli das Zentrum aufgelöst.³³

Der liberale Kapitalismus steckte Ende der 1920er in einer strukturellen Sackgasse. Die herrschende Ordnung war von ökonomischen, psychologischen und moralischen Zerfall geprägt.³⁴ Der Faschismus bot einfache Antworten. „Der Faschismus war seit den 30er Jahren in jeder Industriegesellschaft eine latente politische Möglichkeit [. ...] Man könnte ihn eher eine ‚Strömung‘ nennen als eine ‚Bewegung‘ [. ...] Die Menschen waren sich oft nicht im klaren, ob eine politische Rede oder ein Theaterstück, eine Predigt oder ein öffentlicher Aufmarsch, eine Metaphysik oder eine Kunstrichtung, ein Gedicht oder ein Parteiprogramm faschistisch waren oder nicht.“³⁵ Polanyi hebt weiter hervor, dass sich der Faschismus meist um eine Massenbewegung bemühte, dass aber für seine Durchsetzung wenig mit der Zahl seiner Anhänger*innen, viel mit der Unterstützung

28 vergl. Christian STÖCKER: Geheimdienst-Überwachung - Die Macht der britischen Datensauger (2013)

29 vergl. Barton GELLMAN, Laura POITRAS: U.S., British intelligence mining data from nine U.S. Internet companies in broad secret program (2013)

30 S. 8 in: Gilles DAUVÉ: Wenn die Aufstände sterben (Orig. 1998; o.J.)

31 vergl. S. 8 – 9 in ebenda

32 vergl. S. 268 in: DTV-LEXIKON (Orig. 1966; 1973)

33 vergl. S. 15 in: Gilles DAUVÉ: Wenn die Aufstände sterben (Orig. 1998; o.J.)

34 vergl. S. 314 – 317, 323 in: Karl POLANYI: The Great Transformation (Orig. 1944; 1978)

35 S. 316 in ebenda

durch einflussreiche, hochangesehene Teile der Herrschaftselite zu tun hatte.³⁶ Auch heute steckt das Marktsystem wieder in einer strukturellen Sackgasse. Die relativen Erfolge von Querfront-Strategen basieren auch heute darauf, dass der Faschismus oft nicht als solcher erkannt wird.

Die Grenzen zwischen konservativen Parteien und rechtsradikalen Parteien waren häufig offen. Zwei Autoren der von der 1958 von der Evangelischen Kirche gegründeten ‚Aktion Sühnezeichen‘ veröffentlichten 1980 die sehr engen Verbindungen von Unions-Politiker(*inne)n zu Rechtsradikalen im In- und Ausland.³⁷ F. J. Strauss und andere CSU-Politiker gehörten auch zu den Unterstützer*innen der Colonia Dignidad, einer klerikal-faschistischen Sekte und autarken Kommune in Chile, die u.a. durch massiven sexuellen Missbrauch, den Einsatz von politischen Gefangenen zur Zwangsarbeit, durch medizinische Menschenversuche und als Folterzentrum der Pinochet-Diktatur bekannt wurde.^{2-10#24}

Die guten Wahlergebnisse von offen faschistischen Parteien in den EU-Staaten werden thematisiert und problematisiert. Die Übergänge zwischen Demokratie und Faschismus, die Einbindung von faschistischen Positionen und offen agierenden Faschist*innen in die Bündnisse der großen europäischen Volksparteien im EU-Parlament werden dagegen in den Mainstream-Medien eigentlich nie thematisiert. Das verschiebt den demokratischen Konsens eben nach rechts.

Jörg Haider übernahm 1986 die FPÖ. Er drängte den liberalen Flügel aus der Partei und richtete sie mit nationalistischen Sprüchen und Zitaten aus der NS-Zeit neu aus. Es gab europaweit Proteste. Massive Proteste gab es nochmals als 2000 die ÖVP unter Wolfgang Schüssel eine Koalition mit der FPÖ einging und diese österreichische Regierungspartei wurde. Die politische Nähe zu faschistischen Positionen und die Aktivität von offen Rechtsradikalen produzieren immer wieder kurzzeitig Skandale.^{2-10#25} Die vielen Skandale, die Spaltung der FPÖ in FPÖ und BZÖ und Haider's Tod schwächten die FPÖ nicht nachhaltig. Die Bundespräsidentenwahl 2016 brachte der FPÖ im ersten Wahlgang mit 35 % die relative Mehrheit und im zweiten Wahlgang 50 % der Stimmen.^{2-10#26} Im Wahlkampf 2017 klagte die FPÖ darüber, dass die ÖVP unter Kurz, die eigenen Positionen kopiert habe, zusammen erreichten sie eine breite, von rassistischen Gedanken getragene Koalition.^{38, Anm. III}

★ **Anm. III:** Die GWR untergräbt derzeit mit Artikeln wie diesem ihre eigene grundsätzliche Parlamentarismuskritik.

Silvio Berlusconi in Italien ist eine weitere Figur, die für den Übergang zwischen Faschismus und Demokratie steht. 1978 trat er in die Geheimloge P2 ein. Die P2 war Teil des europaweiten, von der CIA koordinierten Gladio-Netzwerkes.³⁹ Gladio (italienisch: Kurzschwert) steht für den Staatsterror des kalten Krieges, als NATO-Schutz vor dem Kommunismus. Die P2 finanzierte Terror-Anschläge. Einzelne P2-Mitglieder waren auch an der Ausführung beteiligt. Die Anschläge wurden linksradikalen Gruppen untergeschoben. Auf dem Bahnhof von Bologna^{2-10#27} starben dabei 1980 85 Menschen. Ziel war ein anti-kommunistisches Klima und die Zerschlagung des Operaismus. 1993 unterstützte Berlusconi den Neofaschisten Gianfranco Fini in der Stichwahl zum Oberbürgermeisteramt in Rom. Seine Regierungen und seine eigenen Parteien Forza Italia (Macht, Kraft und/oder Gewalt Italien; ab 1994), „die 2009 in der auf seine Initiative gegründeten Partei Popolo della Libertà [(Volk der Freiheit)] aufging“,^{2-10#28} führte Berlusconi mit harter Hand und offenem Sexismus. Er führte zahlreiche Gesetze aus der

³⁶ vergl. S. 315 in ebenda

³⁷ vergl. Alvin MEYER, Karl-Klaus RABE: Einschlägige Beziehungen von Unionspolitikern (1980)

³⁸ vergl. Johannes von HÖSEL: Kurz, eine Katastrophe (2017)

³⁹ ASANSÖPRESS35: Vom Staat gedeckter Terror? (2013)

Zeit des italienischen Faschismus wieder ein und erließ Gesetze, die seine kriminellen Machenschaften vor dem Zugriff der Justiz schützten. Seine Parteien sind wie die CDU/CSU Teil der Fraktion der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament und damit demokratisch legitimiert.

Die Akzeptanz der Politik von FPÖ und Forza Italia durch die bürgerlichen Parteien und das Eingehen von (Regierungs-)Zusammenarbeit mit diesen hatten einen Türöffner-Effekt für die später bedeutende Wahlerfolge erzielenden Rechtsparteien in der EU. Die offene Zusammenarbeit mit Neo-Faschist*innen ist kaum Skandal mehr, wird lieber verschwiegen, als kritisch hervorgehoben. Sehr auffällig ist auch, dass es demokratischer Konsens geworden ist, Staat und Gesellschaft autoritär zu formieren, Überwachung und Kontrolle immer weiter auszubauen.

Drei Beispiele müssen im Folgenden noch erwähnt werden, da sie mit brutaler, offen faschistischer Gewalt vorgehen. Da ist zum einen FIDESZ, die ungarische Regierungspartei. Auch FIDESZ ist Teil der Fraktion der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament. FIDESZ entwickelte sich von einer kleinen, intellektuellen anti-kommunistischen Gruppe zu einer extrem autoritären und nationalistischen Partei, die bei den Wahlen 2010 die absolute Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen erzielte. Massive verbale Proteste erhoben die Medien als die Pressefreiheit faktisch abgeschafft wurde und die EU keine klare Rücknahme forderte.⁴⁰ Die klerikal-faschistische Partei Jobbik wurde 2003 gegründet. Sie ist seit 2010 drittstärkste Partei. Gerade die Jugendverbände von FIDESZ und Jobbik arbeiten eng zusammen. Im Sommer 2007 wurde die rechtsradikale Neue Ungarische Garde⁴¹ gegründet, die personelle Verbindungen zu FIDESZ aufweist. Seitdem herrscht in Ungarn, gerade in ländlichen Regionen, brutale Gewalt gegen Linke, Roma, Sinti und andere Minderheiten. FIDESZ „überlässt [...] zum einen ‚dem Volkszorn‘ seine Ventile in Form der ‚Garden‘ und ein wenig Antisemitismus, zum anderen bedient [...] FIDESZ] gezielt die Themenfelder der Rechtsradikalen.“⁴² 32 Millionen an Steuergeldern gab FIDESZ für die rassistische Propaganda zum Referendum am 2.10.2016 aus. Abgestimmt wurde über die Frage: „Wollen sie, dass die EU auch ohne die Zustimmung des Parlaments die verpflichtende Ansiedlung von nicht-ungarischen Staatsbürgern in Ungarn vorschreiben kann?“ Die FIDESZ machte die Migrant*innen in der Kampagne kollektiv u.a. für den Import von Terrorismus und sexistischen Belästigungen an Frauen verantwortlich.⁴³ Eine Woche darauf wurde die größte ungarische Tageszeitung ausgeschaltet. „Es besteht nicht der Hauch von Zweifel daran, dass die plötzliche Auflösung der Népszabadság [(Volksfreiheit)] auf den Befehl dieses Kreises hin erfolgte.“⁴⁴

Die Traditionen der griechischen Polizei, die bis in die letzte Militärdiktatur reichen, wurden nie aufgearbeitet. Sehr viele Polizist*innen wählten bei den letzten Wahlen die faschistische Goldene Morgenröte.^{2-10#32} Elite-Polizei bildet die Schlägerbanden der Goldenen Morgenröte aus.^{2-10#33} Immer wieder gibt es gut dokumentierte Berichte über koordinierte Aktionen von Polizei und faschistischen Schlägergruppen gegen Soziale Zentren, besetzte Häuser oder Migrant*innen.

Das jüngste Beispiel für die gewalttätige Zusammenarbeit von klerikal-rechts-konservativen demokratischen Parteien und Rechtsradikalen ist Polen, wo sich faschistischer Terror seit Ende 2012 ausbreitet. Am 11. 11. 2012 kam es in Warschau auf einem gemeinsamen Marsch diverser nationalistischer Gruppen zu einer neuen Realität

40 vergl. Alice BOTA: Ungarns Komplizen (2011)

41 Michael THAIDIGSMANN: Neue Ungarische Garde gegen den jüdischen Weltkongress (2013)

42 Marco SCHICKER: Die Antwort - Roma in Ungarn gründen "Garde" zur Verteidigung gegen Neonazis (2012)

43 vergl. Anja SVOBODOVNA: Ungarns Referendum (2016)

44 vergl. Márton BEDE: Stummschaltung einer Zeitung (2016)

faschistischen Terrors auf den Straßen polnischer Städte. Die Gruppen ONR (Oboz Narodowo Radykalny = Radikales Nationales Lager) und MW (Mlodzi Wszechpolska = Gesamtpolnische Jugend) haben sich nach der gemeinsamen Aktion offiziell vereinigt. Gemeinsam rufen sie zur Bildung einer Nationalgarde und zum Umsturz der Republik auf. Der Staat rüstet nicht etwa zum Schutz gegen eine faschistische Revolution, sondern verstärkt seitdem die Repression gegen linke Gruppen, insbesondere gegen Antifa und Anarchist*innen.⁴⁵ Im November 2015 wurde eine neue PiS-Regierung (Partei Recht und Gerechtigkeit) gewählt, die sehr offensiv demokratische Rechte angreift. Anfang Mai 2016 gab es dagegen aber auch die mit 240.000 Teilnehmer*innen größte Demonstration der ‚bürgerlichen‘ Opposition seit 1989 in Polen.⁴⁶

Dabei ist es gerade das Wesen des Antifaschismus, die Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen. Selbst manche Anarchist*innen setzen Sozialismus und vollständige Demokratie gleich. Damit bleiben die grundsätzlichen *Antagonismen* kapitalistischer Herrschaft außen vor.⁴⁷ Die Befreiung vom Geld und Eigentum wird nicht mal mehr gedacht.

Wie wir gesehen haben; Demokratie und Faschismus schließen sich nicht aus. Demokratie integriert heute vielmehr den Faschismus. Faschismus kann für staatliche Herrschaft in der Krise ein wichtiges Herrschaftselement sein. Faschismus kann von den wahren Problemen ablenken. Innen- und außenpolitischer Terror kann in Wahlen demokratisch legitimiert werden.

Gemeinsamkeiten im Fokus

Hier werden Gemeinsamkeiten von Faschismus und Demokratie aufgezeigt. Sie stehen im Brennpunkt dieses Abschnittes. Um Missverständnissen vorzubeugen – es geht hier weder um eine Gleichsetzung noch um eine Abwertung der Unterschiede. Wir sind uns klar der ganz konkreten Vorteile bewusst, die es für uns bedeutet als Privilegierte, als eingeschlossene Staatsbürger*innen, in einer Demokratie zu leben. Außerdem darf Faschismus nicht automatisch mit seiner historisch bislang gewalttätigsten Ausformung, dem Nationalsozialismus gleichgesetzt werden.

Demokratie und Faschismus sind beides staatliche Herrschaftsordnungen. Sie könnten einerseits ohne Eigentum nicht existieren. Andererseits schützen sie Geld, Eigentum und die kapitalistische Profitlogik. Dieser Schutz ist nicht neutral, kann eingeschränkt werden und wird das auch. Der NS-Staat enteignete die Jüd*innen und ließ an den ‚Arisierungen‘ auch die Masse der ‚Volksgenoss*innen‘ profitieren. Die BRD enteignet in Fällen von nationalem Interesse, was z.B. das Interesse der großen vier Energiekonzerne bedeuten kann.

Weil Geld und Eigentum ohne Herrschaft nicht existieren können, hat, wie oben gezeigt, die BRD auch starke personelle und strukturelle Gemeinsamkeiten mit dem NS. Das gilt insbesondere in den Institutionen, die das Eigentum schützen. Die Zusammenarbeit von staatlichen Gewaltapparat und faschistischen Gruppen ist, wie oben gezeigt, keine Besonderheit von Diktaturen.

Weil warenproduzierende Patriarchate die Menschen vereinzeln, ist in beiden Fällen (ebenso wie in der ehemaligen DDR) ein Konstrukt von Volk, von Nation notwendig, um den Schein von Gemeinschaft zu wahren. Diese Herrschaftsformen nutzten den Sport, insbesondere wichtige internationale Wettkämpfe wie Olympische Spiele und Weltmeisterschaften, zur Herstellung nationalistischen Taumels. Damit wird immer auch von Herrschaft abgelenkt.

45 vergl. ANONYM: Die Wiedergeburt des radikalen Nationalismus in Polen (2013)

46 vergl. Michał KOKOT: Die größte Demo seit 1989 (2016)

47 vergl. S. 5 in: Gilles DAUVÉ: Wenn die Aufstände sterben (Orig. 1998; o.J.)

Rassismus hat in beiden Herrschaftsformen die Aufgabe, als Ventil zu fungieren. Rassismus erfüllt diese Aufgabe, auch wenn es in der BRD heute zum Konsens gehört, Rassismus von sich zu weisen. Gemeint sind damit aber immer nur krasse, offensichtliche Formen von Rassismus.

Faschismus und Demokratie entwickeln, wie alle Herrschaftsformen, in der Tendenz totalitäre Überwachungssysteme. Der NS-Staat entwickelte u.a. das *Blockwart*-System als wirkungsvolles Mittel der Kontrolle durch Denunziation, also das gegenseitige Anschwärzen gegenüber der Obrigkeit. Die Blockwart-Mentalität überlebte den NS-Staat. Die DDR baute darauf ihr Stasi-Spitzel System auf. Die technologische Entwicklung eröffnet heute Möglichkeiten einer totalen Kontrolle. Insbesondere seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 nimmt diese Kontrolle in allen westlichen Demokratien orwellsche⁴⁸ Dimensionen an. „Keine Diktatur konnte je so tief und umfassend eindringen in das Leben aller, wie es durch die ‚demokratische‘ Kontrolle der digitalen Kommunikationswege heute möglich ist. Die offen zu Tage tretende Tendenz zu einer Realität der totalen Überwachung entspringt der menschenverachtenden Phantasie einer totalen Steuerbarkeit von Gesellschaft.“⁴⁹

Das EU-Krisenland Spanien wird aktuell z.B. teils mit Notstandsverordnungen regiert, um den sozialen Widerstand gegen die Kahlschlagspolitik zu zerschlagen. Die Justiz lehnte es in den vergangenen Jahren oft ab, diesen Widerstand als terroristisch zu kriminalisieren. Zum Entwurf für ein neues spanisches ‚Gesetz der bürgerlichen Sicherheit‘ sagte der katalanische Innenminister: „Wir brauchen ein System, dass den Demonstranten Angst macht.“⁵⁰ Bis zu 600.000 € Strafe können nach diesem Gesetz verhängt werden, z.B. für unangemeldete Demonstrationen vor Parlamenten und hohen Gerichten, gegen Anmelder*innen von Demonstrationen, bei denen es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt oder Teilnehmer*innen von Escraches, direkten Aktionen, die in den Tagesablauf von Politiker*innen oder Kapitalist*innen eingreifen. Bis zu 30.000 € Strafe kann dann gewaltfreier Widerstand kosten. Wer in den Medien zur Störung der öffentlichen Ordnung aufruft, kann nach diesem Gesetzentwurf bis zu zwei Jahre Gefängnis bestraft werden. Das ist eine Politik der Angst, eine Kriminalisierung genau der Formen, die die sozialen Bewegungen in den letzten Jahren entwickelt haben, die Formierung eines autoritären Wettbewerbsstaates.⁵¹ Am 16. Dezember 2014, wenige Tage nach Verabschiedung des Gesetzes, wurde die Aktion ‚Pandora‘ gegen Anarchist*innen durchgeführt. 700 Elite-Polizist*innen und ein Richter zeigen, dass keine Vorwürfe zu konkreten Taten, allein ein kriminalisierter Text, eine angebliche zukünftige Bedrohung und der Vorwurf der Verschlüsselung elektronischer Kommunikation heute ausreichen, Aktivist*innen als Terrorist*innen zu kriminalisieren und sie für mehr als 6 Wochen der Isolationsfolter auszusetzen.⁵²

In der Krise ist der Übergang zum Faschismus immer als offene Möglichkeit in der Demokratie angelegt. Dieser Übergang kann schleichend durch eine permanente Verschiebung, durch Stärkung von Überwachung und den Ausbau von Zwangsstrukturen, erfolgen oder als radikaler Bruch mit der Übernahme der Herrschaft durch faschistische Bewegungen.

In einer anarchistischen Gesellschaft ohne Geld und Eigentum fehlt jeder Impuls eigene Privilegien mit Hilfe einer Herrschaftsordnung demokratisch legitimiert zu

48 vergl. George ORWELL: 1984 (Orig. 1949; 1974)

49 ANONYMOUS / VULKANGRUPPE KATLA: Überwachungspause – Vodafonefunkturn sabotiert (2014)

50 Ramon ESPADALER, zitiert nach: Imayna CACERES, Lukas OBERNDORFER: Polizeirecht statt Strafrecht (2014)

51 vergl. Imayna CACERES, Lukas OBERNDORFER: Polizeirecht statt Strafrecht (2014)

52 ANONYM: Repressionswelle im spanischen Staat – Vorbild für die EU? (2015)

verteidigen bzw. diese Verteidigung in der Krise faschistisch zu radikalisieren. Stattdessen kann sich ein solidarisches Miteinander entfalten.